

Beschluss:

Die Ratsversammlung dankt der Verwaltung für die Erstellung des Konzepts.

Ratsherr Andresen bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen. Demzufolge soll der Antragstext wie folgt ergänzt werden:

„Die Verwaltung legt der Ratsversammlung am 13.02.2018 ein Liste der Maßnahmen vor, die in 2018 begonnen werden müssen. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen darzustellen. Vor Festlegung dieser Maßnahmen erfolgt eine Beratung mit den relevanten Sozialverbänden und Vereinen unserer Stadt.“

Ratsfrau Schwede-Oldehus bringt für die CDU-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen.

Danach sollen folgende Ziffern 4. bis 6. ergänzt werden:

„4. Bezugnehmend zu dem im „Handlungskonzept Armut“ vorliegenden Absatz zur Selbstverpflichtung, Struktur und Ressourcenbereitstellung stellt die Verwaltung zum 13.02.2018 den Fachausschüssen den Aufbau der Steuerungsgruppe sowie ihre Koordinierungsstelle und die thematischen Arbeitsgruppen vor.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu diesem Zeitpunkt auch ein „kommunales Leitbild“ von dieser Steuerungsgruppe (bzw. dem Bündnis gegen Armut) aufstellen zu lassen, und den Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

6. Bis September sollen erste Handlungsempfehlungen mit den finanziellen Auswirkungen aus den einzelnen Arbeitskreisen dieser Steuerungsgruppe zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Über beide Anträge wird kontrovers diskutiert.

Herr 1. Stadtrat Hillgruber bittet im Hinblick auf eine Aussage des Ratsherrn Proch, bei der es um missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen insbesondere durch in- und außereuropäische Zuwanderer ging, um Versachlichung.

Er teilt mit, dass die Verwaltung sowohl lang- als auch kurzfristige Maßnahmen plane. Es werde zeitnah ein Maßnahmenkatalog vorgelegt.

Ratsherr Griese betont, dass die Ursache für Armut vielfach in bundespolitischen Entscheidungen zu suchen sei. Er plädiert an die Parteien, sich für eine Reform der Hartz IV-Regelungen einzusetzen.

Sodann wird zuerst über den Ergänzungsantrag der CDU-Ratsfraktion abgestimmt. Dieser wird mit 24 zu 15 Stimmen abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	13		
SPD		14	
Die Grünen		4	
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese		1	

Ratsherr Mor			
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	15	24	-

Dem Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion wird dann mit 25 zu 15 Stimmen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		13	
SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor		1	
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	25	15	-

Der Vorlage in der somit ergänzten Fassung wird einstimmig zugestimmt.